

Friedrich Lenger/Dietmar Süß

Soziale Ungleichheit in der Geschichte moderner Industriegesellschaften

Die soziale Ungleichheit ist wieder da! Das ist weniger als Aussage zur gesellschaftlichen Lage im frühen 21. Jahrhundert gemeint, denn als Kommentar zur politischen Debatte und zur wissenschaftlichen Diskussion. Unübersehbar befeuert von den jüngsten Finanzmarktkrisen spielen Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen wieder eine deutlich größere Rolle. Nachdem in Deutschland Hans-Ulrich Wehler 2013 mit seinem Warnruf über »Die Neue Umverteilung« hervorgetreten ist, haben seither vor allem die Arbeiten zweier Ökonomen breitere Aufmerksamkeit gefunden.¹ Obwohl sie beide mit historischen Daten arbeiten, könnten die Unterschiede kaum größer sein. Gregory Clarks »The Son Also Rises« nutzt seine zum Teil bis ins Mittelalter zurückreichenden und neben Europa, Nord- und Südamerika auch Asien abdeckenden Datenreihen zu einer weitgehend zeit-, raum- und kontextlosen Untersuchung der Vererbung beruflicher und sozialer Positionen über viele Generationen hinweg.² Deren Logik ist ebenso simpel wie angreifbar: Für datenmäßig leicht fassbare Elitegruppen, die er in der Regel als Träger besonderer Nachnamen greifen kann, bestimmt er die Persistenz beruflicher und sozialer Positionen über viele Generationen hinweg und kontrastiert das Ergebnis mit den hochgerechneten Werten älterer Mobilitätsstudien, die in der Regel lediglich den Werdegang zweier Generationen erfassen. Wenn aber, so ein typisches Argument, die soziale Mobilität so ausgeprägt sei, wie von der älteren Forschung behauptet, dann dürften heute die Nachkommen des seit zwei Jahrhunderten nicht mehr erweiterten schwedischen Adelshauses (»Riddarhuset«) nicht so deutlich in privilegierten Berufsgruppen wie den Ärzten und Rechtsanwälten überrepräsentiert sein.³ Das wird an räumlich und zeitlich breit gestreuten Datensätzen durchgespielt, ohne dadurch überzeugender zu werden. Denn an den sozial- und kulturgeschichtlich spannenden Mechanismen der Vererbung sozialer Positionen ist Clark nicht interessiert, steht für ihn doch fest: »Biology may not be everything, but it is the substantial majority of everything.«⁴

Dagegen handelt es sich bei Thomas Pikettys »Capital in the Twenty-First Century« um die Kombination genuin historischer Analysen mit der Diskussion von Gegenwartsbefunden und Zukunftsszenarien.⁵ Sein Buch ist in mehrfacher Hinsicht ein Ereignis. Denn für einen schon mit 22 Jahren ans »Massachusetts Institute of Technology« (MIT) berufenen Ökonomen ist es schließlich keineswegs selbstverständlich, die Gegenwartsanalyse auf ein eingehendes Studium der letzten zwei Jahrhunderte zu gründen. Dabei bedeutet historisches Vorgehen in seinem Fall durchaus nicht Distanz zur ökonomischen

1 Hans-Ulrich Wehler, Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München 2013.

2 Gregory Clark, The Son Also Rises. Surnames and the History of Social Mobility, Princeton, NJ 2014.

3 Clark scheint nicht zu wissen, dass exakt hundert Jahre vor ihm Robert Michels dieses Quellenmaterial zu einer vergleichbaren Studie genutzt hat: Robert Michels, Zum Problem der zeitlichen Widerstandsfähigkeit des Adels, wieder abgedr. in: ders., Soziale Bewegungen zwischen Dynamik und Erstarrung, hrsg. v. Timm Genett, Berlin 2008, S. 214–229, mit einem Hinweis auf die entsprechenden Vorarbeiten Pontus E. Fahlbecks.

4 Clark, The Son Also Rises, S. 264.

5 Thomas Piketty, Capital in the Twenty-First Century, Cambridge, MA/London 2014.

Theorie- und Modellbildung. Vielmehr diskutiert er geduldig den relativen Nutzen von Cobb-Douglas-Funktionen, historisiert die Kuznets-Kurve oder führt mithilfe des internationalen Vergleichs Versuche ad absurdum, explodierende Managergehälter als Ausdruck marginaler Produktivität, also im Kern meritokratisch zu erklären. Hauptsächlich gestützt auf Daten zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sowie auf Angaben der jeweiligen Steuerbehörden untersucht er für eine Reihe westlicher Industriestaaten zum einen die Entwicklung des Verhältnisses von Volksvermögen und jährlichem Volkseinkommen während der letzten zweieinhalb Jahrhunderte und zum anderen die des Verhältnisses von Kapital- und Arbeitseinkommen zueinander sowie deren jeweilige Verteilung. Pikettys stets umsichtig diskutierte Datenreihen reichen meist für Frankreich, gelegentlich auch für Großbritannien bis ins 18. Jahrhundert zurück, erlauben seit dem späten 19. Jahrhundert aber auch für Deutschland, Schweden, die Vereinigten Staaten und Japan belastbare Aussagen. Seine politischen Empfehlungen zielen auf die Utopie einer globalen Kapitalbesteuerung. Nicht alles ist neu, doch wird vieles durch die spezifische Herangehensweise des Pariser Ökonomen in eine fruchtbare Perspektive gestellt: Bemerkenswert scheint zunächst, wie stabil das zahlenmäßige Verhältnis von volkswirtschaftlichem Gesamtvermögen und jährlichem Volkseinkommen in Frankreich und Großbritannien über lange Zeit war. Von 1700 bis 1914 lag es stets sehr nahe bei 7:1, obwohl in dieser Zeit die Bedeutung landwirtschaftlich genutzten Bodens stark zurückging, Industrie- und Auslandskapital wichtiger wurden und nicht zuletzt das Produktionsvolumen stark anwuchs. Dieser Stabilität entsprach die Stabilität einer schmalen Schicht von Kapitalrentnern, deren Einkommen sich an der stattlichen Verzinsung von Staatsanleihen orientierte. Das Zeitalter der Weltkriege brachte bekanntlich eine enorme Kapitalvernichtung und zugleich den Wandel von der Rückzahlung staatlicher Schulden zu ihrer inflationären Entwertung. Dementsprechend belief sich das Gesamtvermögen auf kaum das Dreifache des Jahreseinkommens, bevor die entsprechende Verhältniszahl seit den 1950er und beschleunigt seit den 1970er Jahren erneut anstieg, ohne bis 2010 (6:1) ganz das Verhältnis vom Vorabend des Ersten Weltkriegs abermals zu erreichen. Da Pikettys »national capital« privates wie öffentliches Vermögen umfasst, wird in diesem Wiederanstieg allein noch nicht deutlich, dass der von den 1950er bis 1970er Jahren durchaus beträchtliche Anteil öffentlichen Vermögens seither wieder privatisiert worden ist.

Diese ökonomischen Grunddaten, die der Autor zum Beispiel mit der niedrigeren und weniger volatilen Relation von Volksvermögen und jährlichem Volkseinkommen in den USA kontrastiert, sind wichtig, weil sie zusammen mit den Raten für das Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswachstum sowie der Sparrate den Rahmen setzen, innerhalb dessen politische, insbesondere steuerliche Maßnahmen das System sozialer Ungleichheit zu ändern versuchen können. Grundsätzlich konstatiert Piketty für Großbritannien und Frankreich in den hundert Jahren vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs eine in etwa gleichbleibende Verteilung des jährlichen Volkseinkommens, mit einer Lohnquote, die selten unter 60 % absank und ebenso selten auf mehr als 70 % anstieg. Mit der Kapitalvernichtung der Weltkriegszeit sank dann der korrespondierende Kapitalanteil am Volkseinkommen auf weniger als 30 %, gelegentlich sogar auf weniger als 20 %. Wenn 1970 und 1980 Tiefpunkte in den diesbezüglichen Datenreihen bilden, so erklärt er das mit den starken Wachstumsraten der *Trente Glorieuses*, die er indessen nicht als Charakteristikum eines spezifischen Produktionsregimes, sondern allein als Aufholeffekt gegenüber der technologisch weiter entwickelten US-Ökonomie interpretiert.

Unter dem Gesichtspunkt der sozialen Ungleichheit ist nun neben der Verteilung des Gesamteinkommens auf Kapital und Arbeit die jeweilige Verteilung der beiden Einkunftsarten auf die Bevölkerung entscheidend. Wenig überraschend ist hier die Verteilung der Kapitaleinkünfte schon deshalb deutlich ungleicher, weil jeweils eine knappe Bevölke-

rungsmehrheit praktisch vermögenslos ist, während das reichste Bevölkerungszehntel heute zwischen 60 % (Nordwesteuropa) und mehr als 70 % (USA) des Gesamtwohlstands auf sich vereinigt, von dem ein Viertel auf das reichste Hundertstel entfällt.⁶ Bemerkenswert scheint nun zweierlei: Zum einen, dass die heutige Vermögensverteilung, so ungleich sie ist, doch insofern sehr viel egalitärer als am Vorabend des Ersten Weltkriegs ist, als zwischen eine äußerst schmale Schicht von Hochvermögenden und die nahezu besitzlose Bevölkerungsmehrheit – und gleichsam auf Kosten der ersteren – eine vermögende Mittelschicht getreten ist, für die indessen der Besitz einer Immobilie und einer Lebensversicherung sehr viel typischer ist als ein breiter gestreutes Kapitalvermögen und die schon deshalb mit geringeren Renditen zufriedener sein muss.

Zum ändern ist unübersehbar, wie grundlegend sich die Bewertung einer ungleichen Vermögens- und Einkommensverteilung gewandelt hat. War es in den Jahren vor und nach dem Ersten Weltkrieg in den USA vor allem die Sorge, bald schon mit Vermögensungleichheiten europäischen Ausmaßes konfrontiert zu sein, die zur Einführung extrem hoher progressiver Einkommens- und Vermögenssteuern führte, reduzierten Großbritannien und die USA seit den 1980er Jahren die entsprechenden Steuersätze radikal. Sie gaben damit zugleich die zuvor angeführte Differenzierung zwischen verdientem (Arbeits-) und unverdientem Kapitaleinkommen wieder auf, die lange auch die Debatte um eine angemessene Erbschaftssteuer bestimmt hatte.⁷ George McGovern hatte in seiner Präsidentschaftskampagne des Jahres 1972 für eine progressive Erbschaftssteuer geworben, die bei einem Erbe ab einer halben Million Dollar 100 % betragen sollte. Seither sind in vielen Industriestaaten die Erbschaftssteuern radikal gesenkt oder gar abgeschafft worden. Für Piketty stellt dies ein gewichtiges Legitimationsproblem für eine demokratische Gesellschaft dar, in der Ungleichheit nur mit unterschiedlicher Leistung, nicht aber mit ererbtem Vermögen gerechtfertigt werden könne. Ein mögliches Zukunftsszenario fällt dementsprechend düster aus: »The world to come may well combine the worst of two past worlds: both very large inequality of inherited wealth and very high wage inequalities justified in terms of merit and productivity (claims with very little factual basis, as noted).«⁸

Einige forschungs- und theoriegeschichtliche Perspektiven

Nun bleibt abzuwarten, ob es in Zukunft energischere Einhebungsversuche gegenüber der aggressiven Selbstbedienung selbsternannter Spitzenmanager gerade auch in Großbritannien und den USA geben wird. Mit Blick auf die (historische) Erforschung sozialer Ungleichheit, die in der Untersuchung von Vermögens- und Einkommensverteilungen sicherlich nicht aufgeht, ohne diese aber auch nicht auskommt, scheint dreierlei bemerkenswert: Im Unterschied zu den Arbeiten der 1960er und 1970er Jahre, die eine erste Hochzeit sozialgeschichtlicher Ungleichheitsforschung brachten, hat Piketty die Spitzen der Einkommens- und Vermögenspyramiden fest im Blick. Zweitens knüpft gerade er ganz explizit an ältere Traditionen an. So spricht er zum Beispiel vom »premature death of serial history«, den er auch darin begründet sieht, dass ihr Forschungsprogramm für die Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts geeigneter gewesen sei als für die des 20. Jahrhunderts.⁹ Seine Auffassung von der Ökonomie als einer Sozialwissenschaft neben Geschichte, Soziologie, Anthropologie und Politikwissenschaft erinnert zudem an die programmatischen Diskussionen um eine Historische Sozialwissenschaft. Deren Diskussion

6 Vgl. ebd., S. 259ff.

7 Vgl. Jens Beckert, *Erben in der Leistungsgesellschaft*, Frankfurt am Main 2013, S. 32.

8 Piketty, *Capital in the Twenty-First Century*, S. 417.

9 Ebd., S. 576; vgl. für die angesprochene Traditionslinie stellvertretend die Aufsatzsammlung von Pierre Chauu, *Histoire quantitative, histoire sérielle*, Paris 1978.

sozialer Ungleichheit war drittens zwar ebenfalls von der Gerechtigkeitsfrage angestoßen, doch war das Vertrauen in die Gestaltungskraft des Wohlfahrtsstaats in den 1960er und frühen 1970er Jahren noch sehr viel ungebrochener als heute. In jedem Fall lohnt sich der Blick zurück auf diesen früheren Forschungsboom, der neben einer Fülle von Studien ja auch die Auseinandersetzung mit einer ganzen Reihe bis heute unverzichtbarer Theoretiker erbracht hat.

Auch wenn Hartmut Kaelble 1983 die Ungleichheitsforschung zum »Königsweg der Sozialgeschichte« erklärte, wäre es irreführend, das Feld der sozialen Ungleichheit als thematischen Kern der Historischen Sozialwissenschaft ausmachen zu wollen.¹⁰ Bekanntlich vollzog sich der im Vergleich zu England, Frankreich und den USA späte Aufstieg einer modernen Sozialgeschichte in Deutschland in Gestalt einer dezidiert politischen Sozialgeschichte, die von der Sonderwegsthese weit stärker zusammengehalten wurde als von jeder Stratifikations- oder Mobilitätstheorie.¹¹ Allerdings ließ sich diese von der Frage nach den längerfristigen Ursachen der nationalsozialistischen Diktatur beherrschte Grundperspektive gut mit den die amerikanische Sozialwissenschaft der 1950er und 1960er Jahre dominierenden Theorien des sozialen Wandels vereinbaren.¹² Gemeinsam war beiden das Interesse an den Entwicklungsbedingungen moderner Gesellschaften und ihren unterschiedlichen Ausformungen. Von daher überrascht es nicht, dass historisch und vergleichend argumentierende Soziologen wie Reinhard Bendix und Seymour Martin Lipset, aber auch Barrington Moore jr. in den Programmschriften der führenden Vertreter der Historischen Sozialwissenschaft besonders häufig Erwähnung fanden. Insbesondere für Bendix und Lipset aber gehörte zu den Wesensmerkmalen industrieller, vulgo moderner Gesellschaften ein erhebliches Maß an sozialer Mobilität, und ihr Befund eines geringeren Einflusses von Klassentheorien marxischer Provenienz in den USA spiegelte indirekt noch etwas von dem optimistischen Bild einer egalitären und besonders aufstiegsfreundlichen USA wider, das ihre empirischen Ergebnisse infrage zu stellen schien. In den USA, so meinten sie Mitte der 1960er Jahre, war denn auch die »preoccupation with inequality« – bereits, wie man mit allen modernisierungstheoretischen Implikationen wird hinzufügen dürfen – aus dem Kontext der Klassendiskussion herausgetreten und in den Zusammenhang wohlfahrtsstaatlicher Regulierung überführt.¹³

Nun waren Bendix und Lipset ihrer einflussreichen Veröffentlichungen zum Trotz keineswegs repräsentativ für amerikanische Arbeiten zur sozialen Schichtung und Mobilität in den 1950er und 1960er Jahren. Zumindest die zeitweilig einflussreiche funktionale Theorie der Stratifikation, wie sie Kingsley Davis und Wilbert E. Moore vertraten, sowie breit rezipierte Einzelstudien wie »Power and Privilege« von Gerhard E. Lenski, der seine Problemstellung in der Auftaktfrage »who gets what and why« prägnant zusammenfasste,

10 Hartmut Kaelble, *Industrialisierung und soziale Ungleichheit. Europa im 19. Jahrhundert. Eine Bilanz*, Göttingen 1983, S. 11.

11 Vgl. hierzu nur Friedrich Lenger, »Historische Sozialwissenschaft«: Aufbruch oder Sackgasse?, in: Christoph Cornelissen (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft im Geist der Demokratie. Wolfgang J. Mommsen und seine Generation*, Berlin 2010, S. 115–132; die Dominanz der Sonderwegsperspektive sticht rückblickend besonders deutlich hervor beim Blick auf die in Teil II von Jürgen Kocka, *Arbeiten an der Geschichte. Gesellschaftlicher Wandel im 19. und 20. Jahrhundert*, Göttingen 2011, versammelten Aufsätze.

12 Eine repräsentative Sammlung für ein deutsches Publikum war in den ausgehenden 1960er Jahren mit drei Folgeauflagen: Wolfgang Zapf (Hrsg.), *Theorien des sozialen Wandels*, Königstein im Taunus 1979 (zuerst 1969).

13 Reinhard Bendix/Seymour Martin Lipset, Introduction, in: dies. (Hrsg.), *Class, Status, and Power. Social Stratification in Comparative Perspective*, New York 1966, S. XIII–XVIII, hier: S. XVII; vgl. dies., *Social Mobility in Industrial Society*, Berkeley, CA 1967 (zuerst 1959).

spielten in den Debatten eine wichtige Rolle.¹⁴ All diese Arbeiten waren den Pionieren einer modernen Sozialgeschichtsschreibung in der Bundesrepublik ebenso bekannt wie die deutschsprachigen Beiträge zur Nachkriegsdiskussion von Theodor Geiger und Ralf Dahrendorf, Karl Martin Bolte oder Helmut Schelsky.¹⁵

Und doch bildeten diese Studien nur einen von mehreren Anknüpfungspunkten für die lebhafteste Diskussion der 1970er Jahre. Interessant ist diesbezüglich das erste Heft von »Geschichte und Gesellschaft«, das dem noch jungen historischen Interesse an sozialer Schichtung und sozialer Mobilität einen prominenten Ort gab. Denn in seinem ausführlichen Einleitungsaufsatz entwickelte Jürgen Kocka zunächst einmal das allgemeine Programm einer Historischen Sozialwissenschaft mit ihrem vertrauten Insistieren auf der Theoriebedürftigkeit der Geschichtswissenschaft und der nicht nur methodisch, sondern angesichts der deutschen NS-Vergangenheit gleichsam historisch-politisch gebotenen Überwindung des Historismus. Die Grundierung dieses Programms ließ sich mit den in den 1960er und frühen 1970er Jahren virulenten Themen wie den langen Wellen der Konjunkturentwicklung oder dem Organisierten Kapitalismus bestens verbinden und exemplifizierte die vom Autor betonte Ausrichtung der neueren deutschen Sozialgeschichtsschreibung auf politische Explananda. Erst im vierten und letzten Teil seines Beitrags kam er dann auf die »historische Analyse der sozialen Schichtung (einschließlich der sozialen Mobilität)« zu sprechen, die schließlich den Gegenstand des ersten Themenheftes der neu begründeten Zeitschrift bildete.¹⁶ In ihr sah er ein potenzielles Paradebeispiel zur Einlösung seines Programms. Die politisch-gesellschaftliche Relevanz des Themas wies er mit der kritischen Frage »nach dem Ausmaß an Ungleichheit, das von den Funktionsnotwendigkeiten des Systems und von dem Postulat der Freiheitssicherung her nicht als notwendig ausgewiesen und legitimiert werden kann«, klar aus.¹⁷ Insofern war auch die Geschichte der sozialen Schichtung und Mobilität keineswegs unpolitisch. Dennoch schien der folgende Durchgang durch die neuere soziologische und historische Forschung vor allem von der Entdeckerfreude geprägt, dass bislang kaum genutzte Quellen in faszinierender Weise Zugang zu den »Lebenschancen der vielen in so gut wie allen Dimensionen« boten.¹⁸

Die kritisch gemusterte Literatur war ganz überwiegend nordamerikanisch, und auch der Heftinhalt war mit einem Forschungsbericht von John Modell und zwei Fallstudien von Frederick Marquardt (zu Berlin) und David Crew (zu Bochum) von nordamerikanischen Autoren dominiert, zu denen sich noch Beiträge von Pierre Ayçoberry (zu Köln) und Hartmut Kaelble gesellten. Das war angesichts des Vorsprungs der amerikanischen Forschung nicht überraschend: Stephan Thernstroms »Poverty and Progress« war bereits 1964 erstmals erschienen, schon 1969 definierte eine Sammlung historischer Mobilitätsstudien den Anspruch einer »New Urban History«, und die 1973 erneut von Stephan Thernstrom vorgelegte Mobilitätsstudie zu den »Other Bostonians« galt als wichtige me-

14 Vgl. zur funktionalen Theorie die in *Joseph Lopreato/Lionel S. Lewis* (Hrsg.), *Social Stratification. A Reader*, New York 1974, S. 64–71 und 87–149, versammelten und bis in die 1940er Jahre zurückreichenden Diskussionsbeiträge sowie *Gerhard E. Lenski*, *Power and Privilege. A Theory of Social Stratification*, New York 1966.

15 Vgl. nur die Sammlung von *Bruno Seidel/Siegfried Jenkner* (Hrsg.), *Klassenbildung und Sozial-schichtung*, Darmstadt 1968, sowie zusammenfassend *Paul Nolte*, *Die Ordnung der Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*, München 2000, insb. S. 318–351.

16 *Jürgen Kocka*, Theorien in der Sozial- und Gesellschaftsgeschichte. Vorschläge zur historischen Schichtungsanalyse, in: GG 1, 1975, S. 9–42, hier: S. 32; ganz ähnlich hinsichtlich der Rechtfertigung der Dominanz politikgeschichtlicher Explananda argumentierte im selben Heft *Hartmut Kaelble*, Chancengleichheit und akademische Ausbildung in Deutschland 1910–1960, in: ebd., S. 121–149, hier: S. 122.

17 *Kocka*, Theorien in der Sozial- und Gesellschaftsgeschichte, S. 32f.

18 Ebd., S. 34.

thodische Fortentwicklung, auch wenn das Raffinement soziologischer Arbeiten wie der von Peter M. Blau und Otis Dudley Duncan bei Weitem nicht erreicht wurde.¹⁹

Der Inhalt der angesprochenen Mobilitätsstudien, die in aller Regel für einen städtischen Ort und eine Anzahl von Jahrzehnten anhand eines Zufallssamples aus Zensuslisten, Heiratsregistern oder Adressbüchern darüber Auskunft gaben, wer nach zehn, 20 oder 30 Jahren noch am Orte auffindbar war, wie sich seine – Frauen kamen so gut wie nie vor – berufliche Position in diesem Zeitraum verändert hatte und wie sich diese zum Beruf des Vaters (oder Schwiegervaters) verhielt, kann und muss hier nicht referiert werden. Wenn gleich zunächst ganz überwiegend von nordamerikanischen Historikerinnen und Historikern verfasst, behandelten sie wie die Beiträge zum ersten Heft von »Geschichte und Gesellschaft« durchaus auch europäische Gesellschaften.²⁰ Im Rückblick ist ihre kritische Würdigung durch Jürgen Kocka aufschlussreich. Sie monierte die gelegentlich methodisch unbedarfte Anwendung nur scheinbar selbstverständlicher Schichtungsbegriffe wie *white-collar* und hatte zuvor schon einer »Verkürzung der Sozialgeschichte auf das, was G. M. Trevelyan als ›history of a people with the politics left out‹ definierte«, eine deutliche Absage erteilt.²¹ Aber insgesamt überwog doch die Freude über die Erschließung eines genuin sozialgeschichtlichen Kontinents und damit eines Felds, das nicht von vorneherein auf politikgeschichtliche Explananda verpflichtet war. Denn eine solche Verpflichtung (ver-)führe, so benannte er die Kosten, »zur Unterbelichtung breiter Bereiche der Sozialgeschichte, die immerhin von größter Bedeutung für die Lebenschancen und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten, für die Opfer und das Glück von Individuen und Gruppen waren«.²²

Wenn Kocka in der Abwägung von Chancen und Risiken einer Konzentration auf soziale Schichtung und Mobilität, für deren Erfassung er mehrdimensionale Modelle empfahl, die Gefahr einer »Mißachtung der politischen Dimension« gering veranschlagte, so war das mit dem Verweis auf die deutsche Forschungstradition hinreichend begründet.²³ Er hätte aber ebenso gut an die Ahnherrn der Historischen Sozialwissenschaft in Deutschland erinnern können. Karl Marx und Max Weber waren hier die selbstverständlichen Referenzen, auf die zurückzukommen sein wird. Beide waren in der amerikanischen Soziologie durchaus präsent, wofür nicht zuletzt Emigranten wie Reinhard Bendix sorgten, der obschon in den USA ausgebildet, in der deutschen wie der amerikanischen Fachtradition fest verankert war.²⁴ Dennoch war das struktur-funktionalistische Interesse an der

19 Vgl. *Stephan Thernstrom, Poverty and Progress. Social Mobility in a Nineteenth Century City*, New York 1975; *ders./Richard Sennett* (Hrsg.), *Nineteenth-Century Cities. Essays in the New Urban History*, New Haven, CT 1974; *Stephan Thernstrom, The Other Bostonians. Poverty and Progress in the American Metropolis 1880–1970*, Cambridge, MA 1976; *Peter M. Blau/Otis Dudley Duncan, The American Occupational Structure*, New York 1978 (zuerst 1967).

20 So enthielt *Thernstrom/Sennett, Nineteenth-Century Cities*, S. 3–48, erste Ergebnisse aus Joan W. Scotts Arbeit zu Carmaux; *Hartmut Kaelble* (Hrsg.), *Geschichte der sozialen Mobilität seit der industriellen Revolution*, Königstein im Taunus 1978, S. 186–200, brachte eine Übersetzung eines Aufsatzes aus dem Kontext der Dissertation William H. Sewells jr. von 1971, die dieser viele Jahre später aus Loyalität zu seinem Soziologenvater in einer hinsichtlich der statistischen Methodik stark verbesserten, aber etwas sterilen Fassung herausbrachte. Vgl. *William H. Sewell jr., Structure and Mobility. The Men and Women of Marseille, 1820–1870*, Cambridge/New York etc. 1985, sowie *William H. Sewell/Robert M. Hauser, Education, Occupation, and Earnings. Achievement in the Early Career*, New York 1975.

21 *Kocka, Theorien in der Sozial- und Gesellschaftsgeschichte*, S. 31.

22 Ebd.

23 Ebd.

24 Vgl. *Reinhard Bendix, Von Berlin nach Berkeley. Deutsch-jüdische Identitäten*, Frankfurt am Main 1985, insb. S. 330–341; *ders., Max Weber. An Intellectual Portrait*, Garden City, NY 1962 (zuerst 1960), sowie *Bendix/Lipset, Class, Status, and Power*, Teil I.

Integration sozialer Systeme, wie es vor allem Talcott Parsons etabliert hatte, in der US-Forschung dominanter.²⁵ Auch Stephan Thernstrom situierte seine erste Mobilitätsstudie im Kontext sozialer Kontrolle.²⁶

Für ein solches Interesse waren Émile Durkheim und Ferdinand Tönnies wichtigere Klassiker als Marx und Weber. Doch soll hier nicht einfach ihre größere Bedeutung für ein vertieftes Verständnis sozialer Ungleichheit reklamiert werden, zumal auffällig ist, welche Theoretiker die Begründer der Historischen Sozialwissenschaft links liegen ließen. Georg Simmel etwa, dessen Fokus auf der Kreuzung sozialer Kreise durchaus Anknüpfungspunkte für die Sozialstrukturanalyse geboten hätte, wurde weitgehend ignoriert, in den USA dagegen von dem in Wien geborenen Peter M. Blau prominent in der Diskussion verankert.²⁷ Auch Robert Michels hatte durchaus bemerkenswerte Beiträge zu einer Theorie sozialer Ungleichheit geleistet und darüber hinaus mit Vilfredo Pareto den Ahnherrn der Elitensoziologie in die deutsche Diskussion eingeführt.²⁸ Verständlicher scheint schon die Reserve gegenüber den frühen Arbeiten Theodor Geigers, dessen Differenzierung zwischen sozialer Lagerung und sozialer Schichtung man als bloße Variante der marxischen Unterscheidung zwischen Klasse an sich und Klasse für sich lesen mochte und der primär als Gewährsmann für mittelständische Befindlichkeiten in der Spätphase der Weimarer Republik rezipiert wurde.²⁹

Dagegen überrascht, um einen letzten Vertreter der mitteleuropäischen Theoretiktradition anzuführen, die meist nachgeordnete Position Joseph Schumpeters in den Diskussionen der Historischen Sozialwissenschaft um soziale Ungleichheit.³⁰ Dies weniger, weil er führenden Vertretern der jungen Mobilitätsforschung wie Hartmut Kaelble und Jürgen Kocka schon wegen ihrer Arbeiten zur Unternehmerschaft wohlvertraut sein musste, sondern vielmehr, weil auch seine wenigen genuin soziologischen Arbeiten bis heute anregend sind.³¹ Das scheint als erstes für seine apodiktische Feststellung zu gelten: »Die

25 Vgl. als einflussreiche historische »Übersetzung« *Neil J. Smelser*, *Social Change in the Industrial Revolution. An Application of Theory to the British Cotton Industry*, Chicago 1973 (zuerst 1959); im deutschen Kontext blieb *Hans-Ulrich Wehler*, *Das deutsche Kaiserreich 1871–1918*, Göttingen 1975 (zuerst 1973), ein hinsichtlich des parsonianischen Theoriegerüsts unzureichend gewürdigter Solitär.

26 Vgl. *Thernstrom*, *Poverty and Progress*, Kap. 2.

27 Vgl. *Georg Simmel*, *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*, hrsg. v. *Oththein Rammstedt*, Frankfurt am Main 1992 (zuerst 1908), insb. Kap. 6, sowie exemplarisch *Peter M. Blau*, *Parameters of Social Structure*, in: *ders.* (Hrsg.), *Approaches to the Study of Social Structure*, New York 1975, S. 220–253.

28 Vgl. nur *Robert Michels*, *Zum Problem: Solidarität und Kastenwesen* [1914]; *ders.*, *Vilfredo Pareto* [1927], sowie *ders.*, *[Klassenbildung und Kreislauf der Eliten]* [1934], alle in: *ders.*, *Soziale Bewegungen zwischen Dynamik und Erstarrung*, S. 127–132, 230–244 und 245–273. Interessant zur deutschen Michels- und Pareto-Rezeption: *Morten Reitmayer*, *Elite. Sozialgeschichte einer politisch-gesellschaftlichen Idee in der frühen Bundesrepublik*, München 2009, S. 433–460.

29 Vgl. *Theodor Geiger*, *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage*, Darmstadt 1972 (zuerst 1932); damit soll das von *Nolte*, *Die Ordnung der Gesellschaft*, S. 80ff., betonte Verdienst einer Zusammenführung von Sozialtheorie und statistischer Soziografie durch Geiger nicht geleugnet werden.

30 *Hartmut Kaelble*, *Historische Mobilitätsforschung. Westeuropa und die USA im 19. und 20. Jahrhundert*, Darmstadt 1978, erwähnt ihn (wie Robert Michels) im Kontext der Elitenrekrutierung; eine prominentere Rolle spielt Schumpeter bei *Hans-Ulrich Wehler*, *Vorüberlegungen zur historischen Analyse sozialer Ungleichheit*, in: *ders.* (Hrsg.), *Klassen in der europäischen Sozialgeschichte*, Göttingen 1979, S. 9–32.

31 Vgl. nur *Hartmut Kaelble*, *Berliner Unternehmer während der Frühen Industrialisierung. Herkunft, sozialer Status und politischer Einfluß*, Berlin 1972, sowie *Jürgen Kocka*, *Unternehmer in der deutschen Industrialisierung*, Göttingen 1975.

Familie, nicht die physische Person ist das wahre Individuum der Klassentheorie.«³² Zwar wird dieser Feststellung gelegentlich entsprochen, insbesondere wenn (zufällig) die Datenlage die Haushaltsebene privilegiert; eine eingehendere Diskussion ersetzt das aber nicht.³³ Zweitens verweist ja schon der Titel des zitierten Aufsatzes »Die sozialen Klassen im ethnisch homogenen Milieu« nachdrücklich darauf, dass bei der Sozialstrukturanalyse Identitäten jenseits der bloßen Klassenzugehörigkeit in Rechnung zu stellen sind, gleichfalls eine durchaus aktuelle Perspektive. Und drittens gehen die von ihm eingeführten Begriffe des Klassenzusammenhangs und der Klassenbildung in ihrer Betonung der Prozesshaftigkeit durchaus über die geigersche Dichotomie von Lagerung und Schichtung hinaus. Auch daran hätte sich expliziter anknüpfen lassen, als das nach unserem Eindruck geschehen ist.

Wie aber war es um die Rezeption von Marx und Weber in der Ungleichheitsforschung der Historischen Sozialwissenschaft bestellt? Eine übertriebene Trennung der Einflüsse beider wäre sicherlich unangemessen, hatte doch schon Jürgen Kockas »Klassengesellschaft im Krieg« 1973 die Übernahme der marxischen Klassendefinition nach »Anteil oder Nicht-Anteil an Privatbesitz und Verfügungsmacht über Produktionsmittel« insofern in ein weberianisches Gewand gekleidet, als ihre Verwendung idealtypisch erfolgte.³⁴ Gleichwohl lassen sich rückblickend unterschiedliche Nuancierungen unschwer ausmachen. Direktere Anleihen bei Marx korrespondierten in der Regel mit dem Interesse an einem vertieften Verständnis von Klassenbildungsprozessen. Dieses Interesse musste sich nicht zwangsläufig auf die Arbeiterklasse richten. So wuchsen aus einem frühen Forschungsprojekt Jürgen Kockas auch die bahnbrechenden Arbeiten Heinz Reifs und Josef Moosers zum westfälischen Adel und zur ländlichen Klassengesellschaft.³⁵

Im Zentrum des Interesses stand gleichwohl die entstehende Industriearbeiterschaft. Wegweisend waren hier die Arbeiten Hartmut Zwahr über das Leipziger Proletariat, deren Ergebnisse er 1971 erstmals in einem großen Aufsatz darlegte und Ende der 1970er Jahre dann in Buchform publizierte.³⁶ Seine Unterscheidung einer ökonomischen, einer sozialen und einer politisch-ideologischen Konstituierung (sprich: Klassenbildung) übernahm in der Folgezeit nicht nur Jürgen Kocka, ohne der von Zwahr in marxischer Tradition nahegelegten Zwangsläufigkeit eines Fortschreitens bis zur politisch-ideologischen Konstituierung folgen zu wollen.³⁷ Diese Fortentwicklung der marxischen Klassentheorie, der wie angedeutet bei Autoren wie Schumpeter schon vorgearbeitet war, erlaubte die kon-

32 *Joseph A. Schumpeter*, Die sozialen Klassen im ethnisch homogenen Milieu [1927], wieder in: *ders.*, Aufsätze zur Soziologie, Tübingen 1953, S. 147–213, hier: S. 158.

33 Explizit an Schumpeter anknüpfend dagegen *Wehler*, Vorüberlegungen zur historischen Analyse sozialer Ungleichheit, S. 21f.; vgl. dazu den Beitrag von Christoph Weischer in diesem Band.

34 *Jürgen Kocka*, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918, Göttingen 1978, S. 4; vgl. auch *ders.* (Hrsg.), Max Weber, der Historiker, Göttingen 1986.

35 Vgl. *Jürgen Kocka/Karl Ditt/Josef Mooser* u. a., Familie und soziale Platzierung. Studien zum Verhältnis von Familie, sozialer Mobilität und Heiratsverhalten an westfälischen Beispielen im späten 18. und 19. Jahrhundert, Opladen 1980; *Heinz Reif*, Westfälischer Adel 1770–1860. Vom Herrschaftsstand zur regionalen Elite, Göttingen 1979; *Josef Mooser*, Ländliche Klassengesellschaft 1770–1848. Bauern, Unterschichten, Landwirtschaft und Gewerbe im östlichen Westfalen, Göttingen 1984.

36 Vgl. *Hartmut Zwahr*, Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution, in: *Horst Bartel/Ernst Engelberg* (Hrsg.), Die großpreußisch-militaristische Reichsgründung 1871, Bd. 1, Berlin 1971, S. 501–551, sowie *Hartmut Zwahr*, Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution, Berlin 1978.

37 Vgl. nur *Jürgen Kocka*, Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875, Berlin 1983.

zeptionelle Integration der so populären Mobilitätsstudien und erweiterte das empirische Themenfeld der Arbeitergeschichte immens, die bis dahin von Studien zur Lage und Bewegung der Arbeiter geprägt gewesen war.³⁸ Erst damit erreichte die deutsche Arbeitergeschichtsschreibung in der zweiten Hälfte der 1970er und der ersten Hälfte der 1980er Jahre Anschluss an den internationalen Forschungsstand, zu dem insbesondere in England auch ganz andere Wege geführt hatten.³⁹ Seither und beschleunigt seit 1989 war das Interesse an der Arbeitergeschichte stark rückläufig und damit leider auch das Interesse an einer Impulse der marxischen Klassentheorie produktiv aufnehmenden historischen Ungleichheitsforschung. In der seit den späten 1980er Jahren auf breiter Front in Angriff genommenen Bürgertumsforschung spielten Klassentheorie und Sozialstrukturanalyse keine nennenswerte Rolle.⁴⁰ Überdies wird man sagen dürfen, dass der hier thematisierten Linie folgende Studien nur selten ins 20. Jahrhundert vorgedrungen sind.

In der Akzentsetzung stärker den Anschluss an Weber suchend entwickelte in den 1970er Jahren auch Hans-Ulrich Wehler einen Rahmen »zur historischen Analyse sozialer Ungleichheit«.⁴¹ Letztere sollte seine deutsche Gesellschaftsgeschichte fundieren, die seit 1987 erschien und in der »das System der sozialen Ungleichheit [...] als eine der Zentralachsen« fungierte.⁴² Wehler insistierte schon in den Vorarbeiten zu seiner Gesellschaftsgeschichte unter Berufung auf Weber, dass die wechselseitige Bedingtheit von Herrschaft, Wirtschaft und Kultur es nicht erlaube, wie Marx einen dieser Faktoren als letztlich determinierend vorauszusetzen. »Abstrakt betrachtet«, so definierte Wehler Ende der 1970er Jahre,

»kann soziale Ungleichheit zunächst einmal als ein Verteilungssystem begriffen werden, das die Distribution knapper, begehrter Güter in historisch außerordentlich variablen Formen auf Dauer regelt – ob es sich um Privilegien wie Macht, Reichtum, Ansehen oder um die Zuweisung anderer Gratifikationen handelt«.⁴³

Gemäß der von ihm vertretenen »Trias prinzipiell gleichrangiger Dimensionen bzw. systematischer Perspektiven« waren neben der Verteilung von Machtchancen auch die ökonomische Lage sowie die Verteilung von »Prestige (Ansehen, Status, ›sozialer Ehre‹)« unter Einschluss der letzteren zugrunde liegenden Ordnungsvorstellungen zu behandeln.⁴⁴

Mit Blick auf die hinsichtlich ihres empirischen Reichtums konkurrenzlose Umsetzung dieses Programms lässt sich festhalten, dass die Eigenständigkeit der Prestigeverteilung wie ihrer historisch wandelbaren Begründung wohl weniger deutlich herausgearbeitet worden ist als die der anderen beiden Ungleichheitsdimensionen. Ohnehin ist ein Blick in die umfangreichen Bände aufschlussreich: Während vom Vormärz bis in die Weimarer Republik »die Strukturbedingungen und Entwicklungsprozesse sozialer Ungleichheit«, wie die wiederkehrenden Großkapitel regelmäßig heißen, anhand der sozialen Großgruppen des Adels, der Bauern (und ländlichen Unterschichten), des Bürgertums und der Ar-

38 Ihre Grenzen macht vielleicht am ehesten ein Blick in die zahllosen Bände deutlich, die Jürgen Kuczynski seit 1961 herausgab; vgl. zum Beispiel *Jürgen Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849 (Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 1)*, Berlin 1961.

39 Das dokumentiert der umfangreiche Band von *Klaus Tenfelde* (Hrsg.), *Arbeiter und Arbeiterbewegung im Vergleich. Berichte zur internationalen historischen Forschung*, München 1986.

40 Die entsprechenden Interventionen von Hartmut Zwahr blieben ohne großen Einfluss; vgl. einige der Aufsätze in: *Hartmut Zwahr, Proletariat und Bourgeoisie in Deutschland. Studien zur Klassendialektik*, Köln 1980.

41 *Wehler, Vorüberlegungen zur historischen Analyse sozialer Ungleichheit*.

42 *Ders., Deutsche Gesellschaftsgeschichte, 5 Bde.*, München 1987–2008, hier: Bd. 1, S. 11.

43 *Ders., Vorüberlegungen zur historischen Analyse sozialer Ungleichheit*, S. 10.

44 *Ebd.*, S. 11 und 10.

beiterschaft (und städtischen Unterschichten) abgehandelt werden, löst sich mit der NS-Diktatur diese feste Gliederungsstruktur auf. Dass für die Bundesrepublik, aber erst recht für die DDR die Sozialstrukturanalyse nicht wieder entlang von Adel, Bauern, Bürgertum und Arbeiterschaft vorgenommen werden konnte, versteht sich dagegen von selbst und soll hier nicht vertieft werden.

Implizit wirft die Einführung neuer Ungleichheitsdimensionen die Frage auf, ob der ursprüngliche Kategorienapparat und das entsprechende Theoriegerüst vielleicht für das 20. und 21. Jahrhundert weniger geeignet sind als für die Gesellschaft des 19. Jahrhunderts. Die Einführung der Kategorie der Versorgungsklasse für die bundesrepublikanischen Bauern zum Beispiel deutet darauf hin.⁴⁵ Den Begriff der Versorgungsklasse übernahm Wehler von M. Rainer Lepsius, der ihn angesichts der seit Webers Tod extrem gestiegenen Bedeutung von Transfereinkommen als notwendige Ergänzung zu dessen bekannten Besitz- und Erwerbsklassen eingeführt hatte, mit denen ja auch Wehlers Gesellschaftsgeschichte operierte.⁴⁶ Ob durch die Einführung des Wohlfahrtsstaats als eines dritten Ungleichheitsgenerators neben der bei Weber so prominenten Besitzverteilung und dem Arbeitsmarkt das Theoriegerüst hinreichend modifiziert ist, um den Veränderungen der letzten hundert Jahre empirisch angemessen Rechnung zu tragen, soll hier (noch) nicht diskutiert werden, zumal die Wirkungen wohlfahrtsstaatlicher Interventionen häufig quer zum »oben« und »unten« klassischer Schichtungsmodelle liegen. Klar scheint indessen, dass das Anknüpfen an Weber insofern für die Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts der marxischen Klassendichotomie von Proletariat und Bourgeoisie überlegen ist, als es erlaubt, eine wichtiger werdende Mittelklasse konzeptionell zu fassen. Als »differentiation between the market capacities conferred by educational and technical qualifications, as compared to manual skills or pure labour-power«, hatte Anthony Giddens schon in den frühen 1970er Jahren diesen weberschen Gedanken in seine Reformulierung einer an Marx anschließenden Theorie der Klassenstrukturierung aufgenommen.⁴⁷

Festgehalten sei, dass Wehler die von ihm unter der Überschrift »Soziale Ungleichheit« behandelten Dimensionen beständig erweitert hat. Auf der Theorieebene bleiben jedoch Fragen offen: So gehören für Pierre Bourdieu, der in den letzten zwei Jahrzehnten zu Wehlers neben Weber wichtigstem theoretischen Gewährsmann avanciert ist, Alter, Geschlecht und ethnische Zugehörigkeit zum »Netz sekundärer Merkmale«, sekundär, weil »Umfang und Struktur des Kapitals« den von ihnen »abhängigen Praktiken erst ihre spezifische Form und Geltung« verleihen.⁴⁸ Das ist nicht selbstverständlich, da beispielsweise das Alter über das Lebenslaufregime spezifischer Berufsgruppen enger mit dem Habitus verschiedener Klassen verkoppelt scheint als Geschlecht und ethnische Zugehörigkeit. Es muss offenbleiben, ob Wehler sich mit der Rede von »sozialen Konstrukten« von dieser Setzung Bourdieus distanzieren will. Grundsätzlich begrüßt Wehler den bourdieuschen Theorierahmen als Fortschreibung »der Handlungstheorie Max Webers, allerdings eines

45 *Ders.*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 5, S. 168–171.

46 Vgl. *M. Rainer Lepsius*, Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland. Lebenslagen, Interessenvermittlung und Wertorientierungen, in: *Hans-Ulrich Wehler*, Klassen in der europäischen Sozialgeschichte, Göttingen 1979, S. 166–209, insb. S. 179.

47 *Anthony Giddens*, The Class Structure of the Advanced Societies, New York 1975 (zuerst 1973), S. 179; vgl. zu der mit dieser Modifizierung verbundenen Verabschiedung der Revolutionstheorie wie zum Folgenden die vorzügliche Studie von *Hans-Peter Müller*, Sozialstruktur und Lebensstile. Der neuere theoretische Diskurs über soziale Ungleichheit, Frankfurt am Main 1992, insb. S. 201–207. *Anthony Giddens*, Die Frage der sozialen Ungleichheit, Frankfurt am Main 2001, ist ein sozialpolitisches Plädoyer, das analytisch nicht weiterführt.

48 *Pierre Bourdieu*, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt am Main 1982, S. 183 und 185.

vollständigen, nicht um die kulturelle Dimension verkürzten Weber – so wie wir ihn in diesem Sinn oft halbiert haben«. ⁴⁹

Mit Blick auf Bourdieus Verständnis sozialer Ungleichheit als multidimensionales Phänom stellt sich indessen die Frage, ob Wehlers Rezeption hier nicht zu einer erneuten Halbierung führt. Denn während das gelegentliche Insistieren des französischen Soziologen auf der »brutale[n] Tatsache der universellen Reduzierbarkeit auf die Ökonomie« deutliche Spuren in Wehlers jüngeren Arbeiten hinterlassen hat, ist das gleichzeitige Beharren auf »den kulturellen Produktionsverhältnissen« weitgehend ungehört verhallt. ⁵⁰ Von den symbolischen Kämpfen, die für Bourdieu konstitutiv für die Struktur einer Gesellschaft sind, ist deshalb in Wehlers Gesellschaftsgeschichte kaum die Rede:

»Von allen Arten des Konsums und der Verhaltensformen, die die Funktion eines Signalements annehmen können – mag es sich nun um den Kauf des Autos, die Wohnungseinrichtung oder die Wahl einer Schule für die Kinder handeln –, erfüllen neben Sprache und Bildung vor allem Kleidung und Schmuck wegen ihres hohen Symbolwerts die Funktion von Trennung und Verbindung am perfektesten.« ⁵¹

Wenn aufgrund der angedeuteten Halbierung Bourdieus wichtige Dimensionen sozialer Ungleichheit keinen Eingang in Wehlers Gesellschaftsgeschichte gefunden haben, dann ist das verständlich und bedauerlich zugleich. Verständlich, insofern Wehler das von Bourdieu gegen Phänomenologie, Ethnomethodologie oder Interaktionismus wiederholt in Anschlag gebrachte Gewicht (ökonomischer) Strukturen hochwillkommen ist in seiner Auseinandersetzung mit einer als unseriös wahrgenommenen Lebensstilforschung: »In einer atemberaubend kurzen Zeit«, so klagte er etwa zur Jahrtausendwende,

»wurden die produktivsten Ansätze der soziologischen Tradition nahezu verdrängt durch die schillernden, sozialtheoretisch ganz unaufgeklärten Konzepte des Lebensstils, der Lebenslage, des Lebenslaufs, denen eine innovative Erschließungskraft gegenüber einer vermeintlich strukturell neuartigen Realität zugebraut wurde, ohne jedoch, trotz aller glitzernden Wortkaskaden, über das gehobene Feuilleton hinauszugelangen.« ⁵²

Aber selbst wenn man Wehlers Kritik an einzelnen Vertretern der von ihm attackierten und gelegentlich recht holzschnittartig präsentierten Lebensstilforschung wie Ulrich Beck teilte, bliebe der antikulturalistische Affekt seines Pauschalangriffs zu bedauern. ⁵³ Denn zum einen verkoppelt ja die in der Bundesrepublik nicht in dem von Wehler behaupteten Maße ignorierte Theorietradition Bourdieus die Erforschung von Lebensstilen mit den

49 Hans-Ulrich Wehler, *Die Herausforderung der Kulturgeschichte*, München 1998, S. 15–44, hier: S. 25.

50 Pierre Bourdieu, *Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital*, in: Reinhard Kreckel (Hrsg.), *Soziale Ungleichheiten*, Göttingen 1983, S. 183–198, sowie Pierre Bourdieu, *Sozialer Raum und »Klassen«* – Leçon sur la leçon. Zwei Vorlesungen, Frankfurt am Main 1985, S. 31.

51 *Ders.*, *Zur Soziologie der symbolischen Formen*, Frankfurt am Main 1974, S. 63.

52 Hans-Ulrich Wehler, *Soziologie und Geschichte als Nachbarwissenschaften*, in: Christiane Funken (Hrsg.), *Soziologischer Eigensinn. Zur »Disziplinierung« der Sozialwissenschaften*, Opladen 2000, S. 113–121, hier: S. 115; vgl. zu Bourdieus angesprochenem Strukturverhalten schon Pierre Bourdieu, *Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyllischen Gesellschaft*, Frankfurt am Main 1979, S. 147ff.

53 Vgl. – mit Nennung einiger älteren Arbeiten – nur Ulrich Beck, *Eigenes Leben in einer entfesselten Welt: Individualisierung, Globalisierung und Politik*, in: Will Hutton/Anthony Giddens (Hrsg.), *Die Zukunft des globalen Kapitalismus*, Frankfurt am Main 2001, S. 197–212, sowie Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 5, S. 113ff.; weiterführend: Thomas Mergel, *Gleichheit und Ungleichheit als zeithistorisches und soziologisches Problem*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 10, 2013, H. 2, Online-Ausgabe, URL: <<http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Mergel-2-2013>> [25.4.2014].

Strukturen der Verteilung von Lebenschancen in einer Weise, die mit voreiligen Thesen von der Auflösung klassengesellschaftlicher Strukturen nichts gemein hat.⁵⁴ Zum andern ist sich Wehler ja nur zu bewusst, dass sich in der Bundesrepublik, wie schon Josef Mooser für die Arbeiterschaft gezeigt hatte, die materiellen Spielräume für breite Bevölkerungsschichten deutlich vergrößert haben.⁵⁵ Aus bloßem Widerstreben gegen jedwede »post-materialistische ›Selbstverwirklichung‹« auf die Erkundung zu verzichten, wie soziale Ungleichheit »unter den spätmodernen Bedingungen seit den 1980er Jahren nicht allein aus einer Ungleichheit der Ressourcen, sondern auch aus einer Differenz ästhetischer Kompetenzen« resultieren könnte, scheint wenig überzeugend.⁵⁶ Und schließlich könnte es mit der schroffen Front gegen jeden Kulturalismus zusammenhängen, dass von Wehlers Gesellschaftsgeschichte in den letzten 25 Jahren keine stärkeren Impulse auf die historische Erforschung sozialer Ungleichheit ausgegangen sind. Anders als in Großbritannien oder den USA mieden in der Bundesrepublik diejenigen, die sich auf die »Herausforderung der Kulturgeschichte« ernsthaft einlassen wollten, meist das Feld der Klassen- und Sozialstruktur.⁵⁷

Es passt zu diesem vorläufigen Befund eines im letzten Vierteljahrhundert eher geringen Interesses der historischen Forschung an der sozialen Ungleichheit, dass die beiden Historiker, die vor zehn Jahren auf dem Soziologentag referierten, als dieser sich des Themas »Soziale Ungleichheit, Kulturelle Unterschiede« annahm, nicht den Kern des Rahmenthemas ansprachen. Dass die beiden Referenten Jürgen Kocka und Hans-Ulrich Wehler waren, sollte dagegen angesichts ihrer führenden Rolle in der vorstehend umrissenen Forschungsentwicklung nicht überraschen. Kocka stellte das Konzept der Zivilgesellschaft ins Zentrum seines historischen Abrisses. Zwar monierte er dessen »häufige Blindheit gegenüber dem Phänomen der sozialen Ungleichheit«, doch erfolgte sein Zugriff vor allem aus der Perspektive des Bürgertums.⁵⁸ Sein langjähriger Bielefelder Kollege dagegen beschwor die Zerstörung der Europäischen Union im Falle eines Beitritts der Türkei.⁵⁹

-
- 54 Vgl. neben Müller, Sozialstruktur und Lebensstile, auch Klaus Eder (Hrsg.), Klassenlage, Lebensstil und kulturelle Praxis. Theoretische und empirische Beiträge zur Auseinandersetzung mit Pierre Bourdieus Klassentheorie, Frankfurt am Main 1989, oder Axel Honneth, Die zerrissene Welt des Sozialen. Sozialphilosophische Aufsätze, Frankfurt am Main 1990, S. 156–181.
- 55 Vgl. nur Josef Mooser, Abschied von der »Proletarität«. Sozialstruktur und Lage der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik in historischer Perspektive, in: Werner Conze/M. Rainer Lepsius (Hrsg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983, S. 143–186.
- 56 Wehler, Die Herausforderung der Kulturgeschichte, S. 41, sowie Andreas Reckwitz, Das Subjekt des Konsums in der Kultur der Moderne. Der kulturelle Wandel der Konsumtion, in: Karl-Siegbert Rehberg (Hrsg.), Soziale Ungleichheit, Kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München 2004, 2 Bde., Frankfurt am Main 2006, Bd. 1, S. 424–436, hier: S. 434.
- 57 Eine Ausnahme ist sicher Thomas Welskopp und seine kritische Diskussion mit den Traditionslinien der Sozial- und Gesellschaftsgeschichte; *ders.*, Klasse als Befindlichkeit? Vergleichende Arbeitergeschichte vor der kulturhistorischen Herausforderung, in: AFS 38, 1998, S. 301–336; *ders.*, Die Sozialgeschichte der Väter. Grenzen und Perspektiven der Historischen Sozialwissenschaft, in: GG 24, 1998, S. 169–194. Die ganz andere Situation in der angelsächsischen Welt macht sehr deutlich: Patrick Joyce (Hrsg.), *Class*, Oxford/New York etc. 1995.
- 58 Jürgen Kocka, Zivilgesellschaft und soziale Ungleichheit aus historischer Perspektive, in: Karl-Siegbert Rehberg (Hrsg.), Soziale Ungleichheit, Kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München 2004, 2 Bde., Frankfurt am Main 2006, Bd. 1, S. 131–143, hier: S. 134.
- 59 Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Der Türkei-Beitritt zerstört die Europäische Union, in: Karl-Siegbert Rehberg (Hrsg.), Soziale Ungleichheit, Kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München 2004, 2 Bde., Frankfurt am Main 2006, Bd. 2, S. 1140–1150.

Historische und soziologische Zugänge zur Ungleichheitsforschung

Rahmenthema und Diskussionen des Soziologentags gaben ein eindrückliches Bild der Suchbewegung innerhalb der Sozialwissenschaften, was denn tatsächlich am Beginn des 21. Jahrhunderts noch »soziale Ungleichheit« sein konnte. Die Debatten waren dabei durch eine zunehmende Pluralisierung der Ungleichheitsdimensionen und eine gewisse Unsicherheit über den eigentlichen Untersuchungsgegenstand gekennzeichnet.⁶⁰ Bis weit in die 1970er Jahre hatten sich »bürgerliche« Schichtungsforscher und neomarxistische Klassenanalytiker beharrlich an der Frage abgekämpft, wie denn der Grundcharakter der Bundesrepublik beschaffen sei:⁶¹ als dominierende, zählebige Klassengesellschaft, in deren Mittelpunkt – allen wohlfahrtsstaatlichen Narkotika zum Trotz – der Grundwiderspruch von Kapital und Arbeit stehe. Oder, in Anlehnung an Helmut Schelsky, als Suche nach der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« – also mit der These einer langsam verschwindenden schichtspezifischen Prägung der Nachkriegsgesellschaft, die im Sog des Wirtschaftswunders alte Barrieren eibnete, soziale Grenzen einschmolz und neue Aufstiegsmöglichkeiten – nicht zuletzt für die Flüchtlinge aus dem Osten – eröffnete.

Soziale Ungleichheit als zu beseitigendes Übel oder als Teil einer funktionalen Ordnung: Das waren, sehr vereinfacht, die beiden Fluchtpunkte der vielen unterschiedlichen Stränge der deutschen soziologischen Ungleichheitsforschung.⁶² Zu Recht hat Reinhard Kreckel darauf hingewiesen, dass beide Ansätze auf einer »meritokratischen Triade«⁶³ aus Bildung, Einkommen und Beruf als dominierenden Stratifizierungsansätzen beruhten – und damit auf Kategorien einer fordistisch geprägten Leistungsgesellschaft, die ihren Höhepunkt in den 1950er und 1960er Jahren erlebte. Bereits seit den 1980er Jahren hat eine Kritik an der Ungleichheitsproduktion des Wohlfahrtsstaats, wie sie Claus Offe⁶⁴ und später, aus einer anderen Perspektive, eine feministische Wohlfahrtsstaatsforschung formulierte, auf die Wirkungskraft sozialstaatlicher Transfers beispielsweise für die Gestaltung des Rentensystems, der Arbeitslosenhilfe oder der familienpolitischen Leistungen hingewiesen. Einige Jahre später beklagte Ulrich Beck wortgewaltig eine durch Klassen und Schichten dominierte Stratifizierungstheorie. Er betonte demgegenüber die nachlassende Prägekraft des Kapital-Arbeit-Konflikts und machte stattdessen Prozesse der »Diversifizierung und Individualisierung von Lebenslagen und Lebenswegen« aus, »die das Hierarchiemodell sozialer Klassen und Schichten unterlaufen und in seinem Realitätsgehalt zunehmend in Frage stellen« würden.⁶⁵ »Jenseits von Stand und Klasse« – das war

60 Als Überblick über die »Klassiker« der Ungleichheitsforschung vgl. *Nicole Burzan*, Soziale Ungleichheit. Eine Einführung in die zentralen Theorien, Wiesbaden 2004.

61 Vgl. dazu *Peter A. Berger/Volker H. Schmidt*, Welche Gleichheit, welche Ungleichheit? Einleitung, in: *dies.* (Hrsg.), Welche Gleichheit, welche Ungleichheit? Grundlagen der Ungleichheitsforschung, Wiesbaden 2004, S. 7–26; hier vor allem: S. 8–15.

62 Dazu ausführlich: *Heike Solga/Justin Powell/Peter A. Berger*, Soziale Ungleichheit – Kein Schnee von gestern! Eine Einführung, in: *dies.* (Hrsg.), Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse, Frankfurt am Main/New York 2009, S. 11–45.

63 *Reinhard Kreckel*, Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, Frankfurt am Main/New York 2004, S. 228.

64 *Claus Offe*, Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur Politischen Soziologie, Frankfurt am Main 1972; dazu *Winfried Süß*, Ermüdungsbrüche im Wohlfahrtsstaat. Claus Offes frühe Hinweise auf »Strukturprobleme« von »spätkapitalistischen« Gesellschaften, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 3, 2006, H. 3, Online-Ausgabe, URL: <<http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Suess-3-2006>> [26.7.2014].

65 *Ulrich Beck*, Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten, in: *Reinhard Kreckel* (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Göttingen 1983, S. 35–74, hier: S. 36.

die Überschrift, mit deren Hilfe Beck und andere zu den Interpreten der »neuen« individualisierten Massengesellschaft wurden und deutlich zu machen versuchten, wie sehr sich im Zuge des Massenkonsums und der Expansion des Wohlfahrtsstaats neue Lebensstile und neue Lebenslagen ausgeprägt hatten. Stefan Hradil schlug dabei in seiner inzwischen schon klassischen Definition vor, soziale Ungleichheiten als »gesellschaftlich hervorgebrachte, relativ dauerhafte Lebensbedingung« zu bestimmen, »die es bestimmten Menschen besser und anderen schlechter erlauben, so zu handeln, dass allgemein anerkannte Lebensziele für sie in Erfüllung gehen«. ⁶⁶ Neben die »klassischen« vertikalen Dimensionen sozialer Ungleichheit, neben Einkommen, beruflichem Status und Bildung, traten nun vermehrt horizontale Dimensionen sozialer Ungleichheit, Alter und Geschlecht, Gesundheit, Wohnort, Familienstand, Ethnie oder auch der Status innerhalb der Sozialversicherung.

Mit dem Begriff der »Lebensziele« sprach Hradil nicht mehr nur von den Chancen auf dem Arbeitsmarkt, sondern bezog auch Freizeit- und Konsumverhalten, soziale Beziehungen sowie Geschlechterdifferenzen ein und versuchte, die verschiedenen Ungleichheitsdimensionen aufeinander zu beziehen. Im Grunde genommen orientieren sich erhebliche Teile der soziologischen Ungleichheitsforschung ⁶⁷ bis in die Gegenwart noch immer an diesen in den 1980er Jahren entstandenen Debatten über Kohäsion und Differenz moderner Gesellschaft – eine Debatte, die immer auch Teil des sozialwissenschaftlichen Selbstverständigungsdiskurses als Fach war. Gab es tatsächlich jene »neuen« Ungleichheiten in der reflexiven Moderne, von denen Ulrich Beck gesprochen hatte, oder versteckten sich hinter den als »neu« diagnostizierten Folgeprodukten der Modernisierung nicht letztlich die zähen Klassenstrukturen der Vergangenheit; vielleicht etwas weniger stark ausgeprägt und ohne das alte revolutionäre Pathos, aber doch im Kern noch als prägendes Strukturierungsmerkmal?

Die neuere Ungleichheitsforschung betont mit Blick auf die Gegenwart vor allem mehrere Effekte: die Pluralisierung der Erfahrungs- und Handlungsräume der Akteure, die durch eine multiplere Strukturierung sozialer Ungleichheit geprägt wird. Die fordistische Egalisierung der Lebensläufe (mit ihren geschlechtsspezifischen Rollenmustern) wird in »transformierten Industriegesellschaften« zunehmend aufgebrochen zugunsten der Produktion und Reproduktion von Ungleichheiten in unterschiedlichen sozialen Räumen. ⁶⁸ Soziale Lagen werden immer noch in entscheidender Weise von der Stellung im Produktionsprozess geprägt, doch sind weitere Achsen der Ungleichheit hinzugekommen. Unterschiedliche Trends lassen sich beobachten: einerseits ein Bedeutungsverlust geschlechtsspezifischer Ungleichheiten (Unterschiede in der Qualifizierung, Anstieg der Erwerbstätigkeit, rechtliche Gleichstellung); andererseits der weiterhin bestehende Entlohnungsabstand auf dem Arbeitsmarkt und die ungleiche Verteilung nicht entlohnter häuslicher Arbeit. Beobachten lassen sich die wachsende Bedeutung von Bildungsungleichheiten, der unterschiedlichen Zugänge zur Alterssicherung und der Organisation der privaten Haushalte. Haushalte produzieren und reproduzieren soziale Ungleichheiten, indem sie mit darüber entscheiden, wann und in welcher Form es zur Familiengründung kommt, wann Haushaltsmitglieder die Arbeit aufnehmen, Ehen und Partnerschaften aufgelöst, Bildungskarrieren begonnen und Güter konsumiert werden. Sozialstaat und Bildungsexpansion haben erheblich dazu beigetragen, die Handlungsoptionen der Haushalte auszuweiten, wengleich ihre Nutzung weiterhin abhängig von der sozialen Lage, dem Zugang zu Bil-

66 *Stefan Hradil*, Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus, Opladen 1987, S. 9.

67 Eine Ausnahme ist die stärker differenzierungstheoretische Einführung von *Thomas Schwinn*, Soziale Ungleichheit, Bielefeld 2007.

68 Vgl. dazu den Beitrag von Christoph Weischer in diesem Band.

dung oder der Herkunft ist. Die »Ungleichheit 3.0« in der nachfordistischen Ära ist demnach auch nicht alleine durch eine veränderte Wahrnehmung und geschärfte Aufmerksamkeit für verschiedene horizontale und vertikale Ungleichheitsmuster bestimmt, sondern auch Chance und Belastung des Einzelnen, sich dazu zu verhalten. Strukturelle Ungleichheiten werden auf diese Weise immer stärker als »individuelle« Risiken empfunden und in der Sprache des Neoliberalismus zur »Eigenverantwortung« umgedeutet.⁶⁹

Für die historische Forschung sind diese Debatten wichtig und anregend, liefern sie doch zunächst einmal das Material für eine Historisierung sozialwissenschaftlicher Ungleichheitskategorien und die Möglichkeit, zentrale Begriffe wie »Risikogesellschaft«, »Milieu« oder »Klasse« sowie die Produzenten und Produktionsweisen dieser spezifischen Wahrnehmungskategorien in ihrem Zeitbezug zu analysieren – eine Perspektive, die in unserem Band eine zentrale Rolle spielt und zudem einen dezidiert historischen Zugang zum Thema »soziale Ungleichheit« markiert.⁷⁰

Wie fruchtbar ein solcher Zugang sein kann, lässt sich am Beispiel der »Entdeckung« der Ungleichheit im Bildungsbereich zeigen, die Hand in Hand mit der Etablierung und dem Ausbau der Bildungssoziologie erfolgte.⁷¹ Mitte der 1950er Jahre hatte Helmut Schelsky noch argumentiert, Klassenstrukturen und »außerschulische Determinanten« würden im Klassenraum kaum mehr eine Rolle spielen. Stattdessen dominiere ein alles überragender Aufstiegszwill, der Bildungsungleichheiten zunehmend unwirksam werden lasse. Die »nivellierte Mittelstandsgesellschaft« kannte gerade keine oder immer weniger soziale Ungleichheiten – ein Argument, dass die bildungspolitische Diskussion bis in die 1960er Jahre bestimmen sollte. Seitdem gewannen diejenigen Kritiker des deutschen Bildungssystems wie Ralf Dahrendorf an Gewicht, die sich für eine bildungssoziologische Ungleichheitsforschung ähnlich wie in Großbritannien starkmachten. Mit Verve wies Dahrendorf auf das Missverhältnis hin, dass kaum ein anderes Land so sehr von ungleichen Bildungszugängen geprägt sei wie die Bundesrepublik Deutschland, zugleich aber so wenig darüber reden wolle. Infolge dieser kritischen Intervention fand die Thematisierung ungleicher Bildungschancen als politisches und gesellschaftliches Problem immer aufmerksamere Zuhörer. Die ungleichen Chancen der Arbeiterkinder galten nunmehr als Synonym für das Scheitern bildungspolitischer Bemühungen und als Ansporn für umfangreiche politische wie wissenschaftliche Anstrengungen. In diesem Kontext entstand der Versuch, neues empirisches Datenmaterial zu erheben, mit dessen Hilfe die ungleichen Bildungszugänge untersucht werden sollten. Zugleich ließ sich die Karriere eines Gegenbegriffs zur »Ungleichheit der Bildungschancen« beobachten: die Forderung nach »Chancengleichheit«, die sich zum neuen Leitbegriff der bildungspolitischen Debatte der späten 1960er und 1970er Jahre entwickelte. Die Bildungs- und Begabungsexperten erhielten in dieser Phase ein öffentliches Gehör, das sie in dieser Form nicht gekannt hatten.

Das konnte man auch für eine andere Gruppe sozialwissenschaftlicher Ungleichheitsexperten sagen, die sich seit den 1970er Jahren für die Neuordnung des städtischen Raums und den Zusammenhang von Urbanität und sozialer Marginalität interessierten.⁷² Die Im-

69 Vgl. dazu auch *Stephan Lessenich*, Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus, Bielefeld 2008.

70 Vgl. dazu unter anderem *Mergel*, Gleichheit und Ungleichheit als zeithistorisches und soziologisches Problem, sowie *Christiane Reinecke/ders.* (Hrsg.), Das Soziale ordnen. Sozialwissenschaften und gesellschaftliche Ungleichheit im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2012; zur Debatte über das Verhältnis von Sozialwissenschaften und Geschichte vgl. unter anderem *Kim Priemel/Rüdiger Graf*, Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin, in: VfZ 59, 2011, S. 479–508; *Jenny Pleinen/Lutz Raphael*, Zeithistoriker in den Archiven der Sozialwissenschaften, in: VfZ 62, 2014, S. 173–195.

71 Vgl. den Beitrag von Wilfried Rudloff in diesem Band.

72 Vgl. dazu den Beitrag von Christiane Reinecke in diesem Band.

pulse zur Erforschung städtischer Disparitäten und den verschiedenen Randgruppen waren vielerorts getragen von einer Gruppe von Stadtplanern und Sozialarbeitern, die, geprägt durch die Studentenbewegung, ihre Hoffnung auf das revolutionäre Subjekt außerhalb der »bürgerlichen« Ordnung setzten – und damit die »schwierigen Viertel« zu ihren Handlungsorten machten, empirisch erfassten und daraus den Appell zur Beseitigung sozialer Ungleichheiten ableiteten. Nicht wenige dieser neuen Experten landeten in den expandierenden Stadtverwaltungen und betrieben von dort aus ihre eigene Art der Interventionspolitik. Marginalität und Randständigkeit waren dabei immer mehreres zugleich: ein sozialwissenschaftliches, zunehmend auch internationales Untersuchungsfeld, politisches Programm sozialer Bewegungen und kommunale Aufgabe. Die Wissensproduktion der sozialwissenschaftlichen und sozialpädagogischen Experten trug wesentlich dazu bei, die Vorstellung, das Elend beispielsweise kinderreicher (auch migrantischer) Familien sei Folge »falschen« oder moralisch zweifelhaften Verhaltens, zugunsten neuer Begriffe wie »Inklusion« oder »gesellschaftlicher Teilhabe« als politische Aufgabenfelder zu verändern.

Ähnliches gilt auch für den Begriff der »Prekarität«, der inzwischen auf eine erstaunliche Karriere in der deutschsprachigen Ungleichheitsforschung zurückblicken kann. Die gegenwärtigen Debatten über das Prekariat sind vor allem von der Überlegung einer »Aufspaltung der Lohnarbeitsgesellschaften in Zonen unterschiedlicher sozialer Kohäsion« und der Annahme einer grundlegenden Veränderung der Beschäftigungsverhältnisse und der Arbeitsformen getragen.⁷³

Der Begriff der »Prekarisierung« hat gleichsam die ältere Debatte über die soziale Frage des 19. und 20. Jahrhunderts aktualisiert und in die Gegenwart geführt. Vielfach wird er in bewusster Distanz zu einem engen Begriff der »Exklusion« benutzt, um den grundsätzlichen Wandlungsprozess der Beschäftigungs- und Arbeitsformen in kapitalistischen Gesellschaften zu beschreiben, die eben nicht bloß Folge einer funktionalen Differenzierung gesellschaftlicher Subsysteme seien. Zugleich wird er benutzt, um soziologische Ungleichheitsforschung wieder stärker als Form der Kritik kapitalistischer Gesellschaften zu betreiben und die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen als Hinweis auf die Folgekosten neoliberaler Politik seit den 1970er Jahren zu interpretieren. Das Prekariat, so lautet Pierre Bourdieus Diagnose, sei »Teil einer neuartigen Herrschaftsform, die auf der Errichtung einer zum allgemeinen Dauerzustand gewordenen Unsicherheit fußt und das Ziel hat, die Arbeitnehmer zur Unterwerfung, zur Hinnahme ihrer Ausbeutung zu zwingen«.⁷⁴ Insgesamt wird die Epoche »nach dem Boom« in dieser Lesart zu einer Geschichte der »Wiederkehr der sozialen Ungleichheit«, einer Ungleichheit, die an die Stelle des bis dahin dominierenden »sozialen Kompromisses des Industriekapitalismus« (Robert Castel) getreten sei – eine insgesamt also düstere Perspektive des Verlusts. In den Blick kommt dabei explizit der Produktionsbereich, also Erwerbsarbeit in ihren unterschiedlichen Schattierungen und Ausprägungen, deren zentrale lebensweltliche Bedeutung nachdrücklich gegenüber einer vermeintlich neuen Konsumentengesellschaft verteidigt wird.⁷⁵

73 Robert Castel/Klaus Dörre, Einleitung, in: *dies.* (Hrsg.), *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt am Main/New York 2009, S. 11–18, hier: S. 15; Folgendes nach ebd.; *Berthold Vogel*, *Das Prekariat – eine neue soziale Lage?*, in: ebd., S. 197–208; *ders.*, *Prekarität und Prekariat – Signalwörter neuer sozialer Ungleichheiten in der Arbeitswelt*, in: *APuZ* 2008, Nr. 33/34 (»Abstieg – Prekarität – Ausgrenzung«), S. 12–18.

74 *Pierre Bourdieu*, »Prekarität ist überall«, in: *ders.*, *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*, Konstanz 1998, S. 96–102, hier: S. 100.

75 In eine andere Richtung argumentiert *Andreas Wirsching*, *Konsum statt Arbeit? Zum Wandel von Individualität in der modernen Massengesellschaft*, in: *VfZ* 57, 2009, S. 171–199.

Einen seiner Ursprünge hat der Begriff zunächst in den französischen Debatten seit Mitte/Ende der 1970er Jahre im Kontext der Auseinandersetzung um die »Neue Armut«.⁷⁶ Er ersetzte zunehmend die schichtspezifische Deutung sozialer Ungleichheit und verwies auf den Prozess der Ausdehnung von Armut auf neue Bevölkerungsgruppen, welcher sich nicht mehr mit den alten Begriffen des »Armen als Anderen« beschreiben ließ. Beginnende Massenarbeitslosigkeit und eine veränderte Wahrnehmung »prekärer« gesellschaftlicher Problemzonen führten – allen voran durch sozial engagierte Gruppen und Institutionen wie die katholische Kirche – seit den späten 1970er und in den 1980er Jahren mit dazu, Bedürftigkeit und die Leistungsfähigkeit des Wohlfahrtsstaats neu zu diskutieren. Das »neue« Prekariat war eben nicht mehr nur einfach »arm«, sondern galt als die Gruppe von Personen – Alte, Frauen, Migranten –, die gerade an der Grenze zur »alten« Armut standen und deren Zahl in beängstigender Weise zuzunehmen schien.

Wie in der deutschen Debatte geriet nun auch der französische Wohlfahrtsstaat als Produzent neuer sozialer Ungleichheiten in die Kritik, der sein traditionelles Sicherheitsversprechen nur mehr unzureichend einzulösen schien. Armut – und das schien neu – war nach dem »goldenen Zeitalter« der 1950er und 1960er Jahre wieder zurückgekehrt und konnte potenziell jeden und jede gefährden. Auf der Suche nach einer Diagnose des sozialen Wandels der Industriegesellschaft galt der Begriff des »Prekariats« zahlreichen französischen Sozialwissenschaftlern (wie Robert Castel) als überzeugende Antwort auf die neuen sozioökonomischen Gefährdungen und spiegelte zugleich auch eine veränderte Risikowahrnehmung sozialer Sicherheit wider, an deren medialer Skandalisierung Wohlfahrtsverbände und Sozialarbeiter einen erheblichen Anteil hatten.

Eine Geschichte der »Armut im Wohlfahrtsstaat« ist keine Selbstverständlichkeit. Armut war nach 1945, wohl in der Bundesrepublik noch etwas länger als in Frankreich und Großbritannien, aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verschwunden.⁷⁷ Massenhafte Armut, wie sie noch die Weimarer Republik und auch die unmittelbare Nachkriegszeit kannten, schien für immer verschwunden und in der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« aufgegangen zu sein. Innerhalb der Sozialwissenschaften spielte »Armut« als Gegenstand sozialer Ungleichheit angesichts der Prosperität der Wirtschaftswunderjahre bis in die 1980er Jahre kaum eine Rolle – und wenn, dann vor allem als Teil der »Randgruppen-Forschung«. Erst im Zuge der beginnenden Massenarbeitslosigkeit änderte sich dies. Die Kluft zwischen Arm und Reich: Sie wurde seit den 1980er Jahren wieder größer. Die »neue soziale Frage«, die Heiner Geißler formuliert hatte⁷⁸, besaß deshalb durchaus einen realen Hintergrund. Gleichwohl: Mehr als sechs Millionen Arme – das schien eine geradezu groteske Zahl zu sein, die Geißler der sozial-liberalen Koalition entgegenschleuderte und damit das sozialdemokratische Gerechtigkeitsversprechen radikal attackierte. Mit der »neuen sozialen Frage« stand nun der Sozialstaat nicht mehr als »Problemlöser«, sondern als Produzent von ungleichen Lebensbedingungen in der Kritik.

Geißlers »Arme« standen indes nicht mehr am Rande der Gesellschaft, sondern mitten in ihr: Kinderreiche Familien, alleinerziehende Frauen und alte Menschen, die in der Armutspolitik auch deshalb eine immer größere Rolle spielten, weil eine wachsende Zahl an Alten am Ende ihres Lebens die Pflegekosten nicht mehr tragen konnte und daher auf

76 Vgl. dazu den Beitrag von Sarah Haßdenteufel in diesem Band.

77 Folgendes nach *Winfried Süß*, Vom Rand in die Mitte der Gesellschaft. Armut als Problem der deutschen Sozialgeschichte 1961–1989, in: *Ulrich Becker/Hans Günter Hockerts/Klaus Tenfelde* (Hrsg.), *Sozialstaat Deutschland. Geschichte und Gegenwart*, Bonn 2010, S. 123–139.

78 *Heiner Geißler*, *Neue Soziale Frage: Zahlen, Daten, Fakten. Dokumentation*, [Bonn] 1975; Folgendes nach *Winfried Süß*, *Armut im Wohlfahrtsstaat*, in: *Hans Günter Hockerts/Winfried Süß* (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit im Sozialstaat. Die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien im Vergleich*, München 2010, S. 19–42, hier: S. 39ff.

Sozialhilfe angewiesen war. Sie wurden somit aus dem gleichen Topf unterstützt wie die steigende Zahl an Asylbewerbern. Damit setzte eine neue Debatte um »Leistung« und »Verdienst« staatlicher Hilfe ein, in der Migranten zunehmend als potenzielle Bedrohungsfaktoren und Konkurrenten markiert wurden. Armutsdebatten waren in dieser Hinsicht immer auch Ausdruck unterschiedlicher politischer Ordnungsvorstellungen, von Kontroversen um die Zuteilung staatlicher Leistungen und Indikatoren für den Grad der Zumutbarkeit sozialer Ungleichheit.

Ähnliches wird man auch über Reichtum als eine extreme Form sozialer Ungleichheit sagen können.⁷⁹ Doch Reichtum als eigenständige Kategorie der Ungleichheitsforschung ist bisher allenfalls am Rande ein Thema sozialwissenschaftlicher und historischer Forschung gewesen. Ein Beispiel mag verdeutlichen, worin die Potenziale einer historischen Reichtumsforschung liegen. Als der ehemalige preußische Beamte des Reichsamts des Innern, Rudolf Martin, in den Jahren zwischen 1911 bis 1914 das »Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre« veröffentlichte, war dies in mehrfacher Hinsicht ein Ereignis. Da hatte nicht nur ein knorriger und bisweilen wohl auch etwas querulanter Jurist, der gegen seine unfreiwillige Versetzung kämpfte, einen Einblick über die steigenden Vermögen der Eliten des Kaiserreichs veröffentlicht. Er hatte zugleich auch dafür gesorgt, dass Reichtum ein Gesicht erhielt, indem er nicht nur einfach die Vermögen bilanzierte, sondern auch noch Namen, Adressen, Familienstand, Herkunft und Alter der Millionäre veröffentlichte. Neben das Bild der pauperisierten Massen, für die die Arbeiterbewegung kämpfte, trat nun der Millionär, der »Reiche«, der sein Leben zuvor vor der Öffentlichkeit zu verbergen versucht hatte. Was Martin machte, war etwas, was auch der Reichtumsforschung der Gegenwart nur selten gelingt: die Sichtbarmachung von Vermögen. Die rasch nach der Veröffentlichung einsetzende Diskussion über den Wert und die Legitimität der Veröffentlichung ließ erkennen, dass Reichtum (wie Armut auch) keineswegs eine klar strukturierte Größe, sondern abhängig war und ist von Wert- und Moralvorstellungen, von zeitgenössischen Zuschreibungen und politischen Skandalisierungsschüben. Die Listen der Reichen dienten dabei ganz unterschiedlichen Zwecken: als Instrument im Kampf gegen Steueründen und ungleiche Einkommensverteilung, als Quelle der Selbstbeschreibung und Distinktionsmöglichkeit zwischen »Reichen« und »Nicht-Reichen«, schließlich als sozialhistorische Möglichkeit zur Quantifizierung des Reichtums. Glaubt man den von Martin für verschiedene Regionen und in mehreren aktualisierten Neuauflagen publizierten Jahrbüchern, so war die Zahl der Millionäre allein in Berlin von sechs Personen im Jahr 1857 auf über 8.000 im Jahr 1911 angestiegen. Insofern machten die Jahrbücher Reichtum nicht nur sichtbar, sondern ordneten die Oberschicht auch selbst und ließen sie gleichsam als soziale Elite erst entstehen.⁸⁰ Dazu zählten nicht nur die aufstrebenden Wirtschaftsbürger, sondern auch die traditionellen Eliten, allen voran adlige Familien mit ihren über Jahrhunderte erworbenen Vermögen.

Der Adel im 19. Jahrhundert: Das waren, auch das macht die jüngere Ungleichheitsforschung deutlich, jedoch nicht nur die prächtigen Herrenhausbesitzer, die Rudolf Martin zählte, sondern auch eine Gruppe armer Adliger, die meist aus dem Blickfeld der Eliten- und expandierenden Adelforschung gefallen sind. Das gilt umso mehr für arme adlige Frauen, deren Lebens- und Alltagserfahrungen sehr heterogen waren und nur äußerst unzureichend durch herkömmliche Schichtungsmodelle nach Klasse, Stand oder Beruf entschlüsselt werden können.⁸¹ Eine solche bedürftige adlige Frau war beispielsweise Mara von Freyhold, Tochter eines 1848 geborenen preußischen Gutsbesitzers. Ihr verstorbener

79 Vgl. dazu den Beitrag Eva Maria Gajek in diesem Band.

80 Vgl. auch *Roman Sandgruber*, Traumzeit für Millionäre. Die 929 reichsten Wienerinnen und Wiener im Jahre 1910, Wien 2013.

81 Vgl. dazu den Beitrag von Chelion Begass und Johanna Singer in diesem Band.

Mann hatte ihr vor allem eines hinterlassen: Schulden. So blieb die Witwe mit ihren Kindern mittellos zurück. Ihren Besitz musste sie für den Unterhalt der Familie verkaufen und ihren Lebensunterhalt finanzierte sie vor allem durch Nährarbeiten – ein Leben ohne Pension und Vermögen und im Alter abhängig von der Unterstützung ihrer Kinder. Bemerkenswert an ihrer Geschichte ist nicht nur die Verbindung von Adel und Armut, die sich in Bittgesuchen an die staatlichen Stellen niederschlug, sondern auch, welche unterschiedlichen Dimensionen sozialer Ungleichheit eine Rolle spielten. Dazu zählten ihre Herkunft und ihr Stand, ihr Geschlecht als weibliche Adlige, ihr Alter und ihr Familienstand als Witwe. In ländlichen Gesellschaften, aber nicht nur dort, konnte man über den Adelsstand hinaus zudem beobachten, dass Klassenbildungsprozesse nicht nur von der Position auf dem Erwerbsmarkt, sondern auch von der Einbindung in soziale Netzwerke lokaler Gesellschaften abhängig waren.⁸² Ehen und Patenschaften konnten ökonomische Statusgrenzen durchbrechen, landbesitzende und landlose Familien miteinander verbinden und mit dazu beitragen, dass soziale Ungleichheiten durch die Integration in vorhandene stabile Sozialbeziehungen abgemildert wurden. Die lokale Deutung und Aneignung war deshalb nicht zuletzt auch von relationalen Strukturen abhängig, die sich von Ort zu Ort unterscheiden konnten.

Für die Interdependenz unterschiedlicher Kategorien sozialer Ungleichheit wie Klasse, Raum, Stand, Nation, Geschlecht oder Ethnizität hat sich in der Forschung der Begriff der »Intersektionalität« durchgesetzt⁸³, der – anders als die Ungleichheitsforschung der 1970er und 1980er Jahre – nicht die Dominanz eines, sondern die Verwobenheit mehrerer Kategorien sozialer Ungleichheit betont und sich für deren Wechselwirkungen interessiert. Damit wird nicht nur deutlich, dass beispielsweise alleinstehende adlige Frauen (und nicht nur adlige) in höherem Maße von Armuts- und Gesundheitsrisiken betroffen waren. Hinzu kommt, dass die adlige Herkunft zwar einerseits die Möglichkeit bot, sich etwa um die Versorgung bei adligen Damenstiftungen zu bewerben oder sich direkt an begüterte Standesgenossen zu richten; andererseits konnte die adlige Herkunft bei der Erwerbssuche durchaus hinderlich sein, ging man doch in bürgerlichen Haushalten am Beginn des 20. Jahrhunderts davon aus, dass Frauen und Mädchen aus diesen Kreisen es nicht gewohnt seien, körperlich zu arbeiten.

In der Regel kamen deshalb Hausangestellte auch aus ärmeren Verhältnissen. Die Arbeitsverhältnisse dieser »domestic workers« sind bis ins 21. Jahrhundert durch eine sehr spezifische Kontinuität sozialer Ungleichheit gekennzeichnet: Mehr als 80 % der Hausangestellten sind weiblich; die Arbeit der weltweit geschätzt rund 50 bis 100 Millionen Hausangestellten wird schlecht bezahlt, vielfach sind sie illegal beschäftigt, rechtlich schwach geschützt und ohne gewerkschaftliche Lobby. Erst 2011 verabschiedete die Internationale Arbeitsorganisation ein »Übereinkommen über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte«. Koalitionsfreiheit, die Abschaffung von Zwangsverhältnissen und Kinderarbeit im Haushalt, die finanzielle und rechtliche Aufwertung: Das waren zentrale Forderungen an einen Sektor, dessen geschlechtsspezifische Ungleichheit – trotz sozio-ökonomischer Wandlungen – ein erstaunliches Maß an Kontinuität aufwies, zu der auch die getrennte Einnahme der Mahlzeiten gehörte, die bis hin zu einer schlechteren Essensqualität die sichtbare Grenze zwischen Hausangestellten und ihren Arbeitgebern zog. Hausarbeit war indes nicht nur weiblich, sondern wurde im Laufe des 20. Jahrhunderts immer mehr auch zu einem Arbeitssektor für Migrantinnen, in dem nicht nur Frauen und

82 Vgl. dazu den Beitrag von Christine Fertig in diesem Band.

83 Vgl. dazu unter anderem *Gabriele Winker/Nina Degele*, Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten, Bielefeld 2009, insb. S. 11–15; *Cornelia Klinger/Gudrun-Axeli Knapp/Birgit Sauer* (Hrsg.), Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität, Frankfurt am Main 2007.

Mädchen aus niedrigeren sozialen Schichten, sondern auch aus fernen Regionen und Ländern ihr Auskommen fanden.⁸⁴

Für die Lebensbedingungen der Migrantinnen und Migranten hatten sich bereits Ende des 19. Jahrhunderts eine große Zahl an Fürsorgeexperten interessiert, die eine – bis in die Gegenwart sehr aktuelle – Frage zu klären hatten: Wie umfangreich sollten die Unterstützungen für diejenigen sein, die an ihrem neuen Niederlassungsort von Armut betroffen waren, beispielsweise durch den Verlust ihrer Arbeit in einem der neuen Industriebetriebe?⁸⁵ Sollte, ja, musste der Staat helfen? Und: Waren diese Zugewanderten nicht auch neue Staatsbürger mit eigenen Rechten? Im Prozess des »nation building« hatte die Kategorie des Staatsbürgers eine immer größere Rolle zu spielen begonnen, die nicht nur die Grenzen zwischen »Einheimischen« und »Fremden« neu zog, sondern daran auch die Zuteilung staatlicher Leistungen koppelte. Eine neue Expertengruppe diskutierte und definierte die Grenzen zwischen »innen« und »außen« und trieb einen Prozess der Verrechtlichung voran, der einerseits die Praxis der willkürlichen Ausweisung verringerte und die Homogenisierung der Nationen vorantrieb, gleichzeitig aber auf die Exklusion bestimmter Personengruppen setzte und mit zur Politisierung von Armut und Migration beitrug. Soziale Rechte waren seit dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts nun immer stärker an eine spezifische Form der Staatsbürgerschaft gekoppelt und definierten damit auch die Akzeptanzgrenzen sozialer Ungleichheit.

Der Nationalsozialismus radikalisierte in bis dahin ungekannter Weise diese Politik der Zuweisung sozialer Rechte, indem er Staatsbürgerschaft an politische Loyalität und rassische Auslese koppelte. Von einer gezielt forcierten Strukturveränderung der Klassengesellschaft konnte im NS-Staat keine Rede sein; markt- und berufsbezogene Ungleichheiten blieben auch in den Jahren 1933 bis 1945 weitgehend bestehen.⁸⁶ Soziale Mobilität für Arbeiter, beispielsweise die Möglichkeit, durch Bildung oder ein Hochschulstudium aufzusteigen, blieb die Ausnahme. Neue industrielle Arbeitsplätze entstanden vor allem für gering qualifizierte Arbeiter – die nun selbst auf das wachsende Heer der Zwangsarbeiter am unteren Ende der betrieblichen Hierarchie herabblicken konnten. Die nationalsozialistische Arbeits- und Sozialpolitik zielte in erster Linie auf eine rassistische Transformation der deutschen Gesellschaft – und das hieß, dass neben »klassische Formen« der marktvermittelten sozialen Ungleichheit neue In- und Exklusionskriterien traten: politische Loyalität, Arbeitsfähigkeit, biologistische Wertigkeitskriterien. Die politische und antisemitische »Säuberung« des Beamtenapparats ermöglichte manchen Karrieresprung innerhalb der Verwaltungsbürokratie oder an den deutschen Hochschulen. Insbesondere die NSDAP schuf eine »Ermöglichungsstruktur« (Armin Nolzen), die vornehmlich in den eroberten Gebieten des Ostens die Chance zum Aufstieg, zur Integration in den NS-Staat durch neue, vielfach ehrenamtliche Partizipationsofferten bot. Mitgliedschaft und Karrierestatus innerhalb der Partei entschieden mit über den Zugang zu materiellen und symbolischen Ressourcen des ›Dritten Reichs‹ – was nicht selten zu hemmungsloser Korruption führte. Der NS-Staat kannte gerade keine sozialen Rechte. Staatliche Fürsorge musste man sich in der täglichen »Arbeitsschlacht« verdienen; eine Politik der Grenzziehung, die mit Kriegsverlauf immer enger gezogen wurde und neben den deutschen Juden nun auch immer häufiger die arbeitsökonomisch »Minderwertigen« traf, die Alten, Kranken und Behinderten.

84 Vgl. dazu den Beitrag von Mareike Witkowski in diesem Band.

85 Vgl. dazu den Beitrag von Sonja Matter in diesem Band.

86 Vgl. dazu die Überlegungen von *Winfried Süß*, *Klassen, Rassen, Lebensstile. Überlegungen zur Geschichte sozialer Ungleichheit in der Industriemoderne* (Vortrag im Rahmen des AfS-Autoren-Workshops »Soziale Ungleichheit vom 19. bis zum 21. Jahrhundert« am 20.11.2013).

Die Nachwirkungen der rassistischen Politik sozialer Ungleichheit konnte man auf vielfache Weise nach 1945 beobachten. Das galt nicht nur für die Versuche, die Entrechtung der Juden »wiedergutzumachen«, sondern auch für den Umgang mit unterschiedlichen Formen der körperlichen und geistigen Behinderung.⁸⁷ Diese galten in der jungen Bundesrepublik der 1950er und frühen 1960er Jahre ebenfalls als »minderwertig«, unbrauchbar für den Arbeitsmarkt und gesellschaftlich nicht integrierbar. Während Kriegsveterane auf Anerkennung ihres Schicksals pochten und materielle Entschädigung einforderten, galten für Behinderte eine Politik der fortgesetzten Hospitalisierung in den traditionell konfessionellen Heil- und Pflegeanstalten und ein weitgehender Ausschluss von Zugängen zu Bildungsprogrammen. Insofern ist eine Geschichte von Institutionen wie der 1958 gegründeten »Bundesvereinigung Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind« auch ein Hinweis auf den Wandel gesellschaftlicher Exklusionsstrukturen im Verlaufe der 1960er und 1970er Jahre. Inhalt und Form der Wahrnehmung von »Behinderung« als Kategorie sozialer Ungleichheit veränderten sich – nicht zuletzt auf Druck der Selbsthilfe- und Betroffenenbewegung – grundlegend. Dazu zählten neue pädagogische Konzepte ebenso wie der Ausbau neuer Bildungssysteme und die materielle Versorgung. Mit immer größerem Nachdruck und Erfolg drangen Eltern darauf, für ihre Kinder eine rechtliche Garantie auf gesellschaftliche Teilhabe zu erstreiten und damit die bestehenden Wahrnehmungskategorien von Ungleichheit zu verändern und die Prioritäten sozialpolitischer Ressourcenverteilung zu verschieben. Die neue Leitkategorie der Teilhabe war indes ambivalent. Denn der Kampf um »Normalität« führte gleichzeitig zu neuen Hierarchisierungen von Behinderungen und neuen Formen ungleicher Bildungszugänge, die Teile der Selbsthilfebewegung heftig kritisierten, weil sie darin nicht zuletzt eine allzu glatte Anpassung an gesellschaftliche Standards und Produktivitätslogiken sahen.

Wie einflussreich die Protestbewegungen für die Wahrnehmung und Deutung sozialer Ungleichheiten waren, lässt sich auch für das Konzept der »health inequalities« nachzeichnen. Ausgangspunkt bildete die Kritik der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung an der unzureichenden Gleichstellung der Afroamerikaner. Mochte die politische Diskriminierung in den 1970er Jahren auch weitgehend beseitigt worden sein, so konnte man doch weiterhin eine Fülle alltäglicher Diskriminierungen beobachten, nicht zuletzt den nach wie vor eingeschränkten Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt und Gesundheitsressourcen. Afroamerikaner waren deutlich höher von Armut betroffen und starben häufiger als weiße Amerikaner – bei Säuglingen und Kleinkindern lag die Sterblichkeitsrate doppelt so hoch; ein Skandal, der Gegenstand intensiver internationaler Debatten auch der Weltgesundheitsorganisation der UNO wurde.

Mit dem Begriff der »health inequalities« verwiesen Sozialforscher auf den Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und Gesundheit und argumentierten, wie sehr der sozioökonomische Status und die ungleiche Verteilung von Ressourcen Krankheitsverläufe beeinflussten. In Großbritannien war es der 1980 veröffentlichte Black-Report, der als Meilenstein einer sozialepidemiologischen Forschung galt und die Auseinandersetzung um den sozialen Charakter von Krankheit und Gesundheit nachdrücklich bestimmen sollte.⁸⁸ »Health inequalities«, so das Argument, seien eben nicht eine Mischung aus Umwelteinflüssen, individuellen Verhaltensweisen und Vererbung, sondern Folge materieller Ressourcen. Wer arm war, ging weniger zum Arzt, selbst in Staaten wie Großbritannien, wo der »National Health Service« genau diese klassenspezifischen Folgen zu minimieren versucht hatte. Deshalb, so der Vorschlag des Black-Reports, sollten die sozialpolitischen Leistungen massiv ausgebaut werden – ein Programm, das bei den regierenden Konservativen, die den Report von der Labour-Regierung »geerbt« hatten, auf massive Ableh-

87 Vgl. dazu den Beitrag von Jan Stoll in diesem Band.

88 Vgl. dazu den Beitrag von Jenny Pleinen in diesem Band.

nung stieß. In den Debatten um den Bericht spiegelten sich unterschiedliche Gerechtigkeitsvorstellungen, in denen die Frage nach dem politisch vertretbaren Grad an gesellschaftlicher Zumutbarkeit sozialer Ungleichheit verhandelt wurde. Gleichzeitig verwiesen die Kontroversen auf die veränderten wissenschaftlichen Diagnosen, deren Deutung und Begründung sozialer Ungleichheit, die beispielsweise Lebensführung nicht als individuelle Entscheidung, sondern klassenspezifisches Schicksal interpretierten – und damit einmal mehr auf die Notwendigkeit verwiesen, soziale Ungleichheiten auch als Teil langfristiger Prozesse der Verwissenschaftlichung des Sozialen⁸⁹ zu interpretieren.

Die Auseinandersetzung um die »health inequalities« ist zudem ein Indiz für den transnationalen Charakter der Ungleichheitsforschung. Sie hat beispielsweise Eingang in die Politik der Weltgesundheitsorganisation gefunden. Allerdings war und ist Ungleichheitsforschung – in Deutschland zumal – stark an die Grenzen des Nationalstaats gebunden.⁹⁰ Ihr kategoriales Gerüst: Klasse, Schicht, Milieu, soziale Lage – sie allesamt haben den Nationalstaat als Fluchtpunkt, selbst wenn sie, wie der Klassenbegriff im marxistischen Sinne, durchaus einen globalen Deutungsanspruch besitzen. Die Ungleichheitsforschung reproduziert in vielfacher Weise die nationalstaatlichen Inklusions- und Exklusionskriterien. Erst langsam beginnt sich eine transnationale Ungleichheitsforschung zu entwickeln, die eine globale Konfliktdynamik in den Blick nimmt und nach neuen Formen sozialer Verwundbarkeit fragt. Dazu zählen die sozial ungleich verteilten Folgen des Klimawandels ebenso wie die Prozesse der inneren und äußeren Grenzziehung der EU, aber auch die Aushandlung »gerechter« Löhne und die Anerkennung von Mindestlöhnen, die sich zudem als Regulierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse lesen lassen.⁹¹

Die vergleichende sozialhistorische Ungleichheitsforschung hatte, wenn überhaupt, zumeist einzelne Länder oder Ländergruppen im Blick, deren Entwicklung sie dann gegenüberstellte. Bedeutende Arbeiten sind dabei entstanden, aber zugleich sind sie doch auch – ähnlich wie die Soziologie der sozialen Ungleichheit – Produkt einer selbst gewählten Begrenzung, die die grenzüberschreitende Dynamik der Waren-, Kapital- und Menschenströme und die Entkopplung von Ort, Zeit und Produktionsverhältnissen des Finanzmarktkapitalismus nur sehr langsam zu begreifen beginnt. Insofern ist die »soziale Ungleichheit« tatsächlich wieder da. Aber ihr Charakter ist weniger gewiss und ihre Konturen sind weniger klar, als dies über viele Jahrzehnte schien – für einen neuerlichen Anlauf zur historischen Analyse sozialer Ungleichheiten eine große Herausforderung.

89 Lutz Raphael, Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: GG 22, 1996, S. 165–193.

90 Zur Debatte vgl. unter anderem Reinhard Kreckel, Soziologie der sozialen Ungleichheit im globalen Kontext, in: Michael Bayer/Gabriele Mordt/Sylvia Terpe u. a. (Hrsg.), Transnationale Ungleichheitsforschung. Eine neue Herausforderung für die Soziologie, Frankfurt am Main 2008, S. 23–69, insb. S. 62ff.; schärfer in der Kritik ist Ulrich Beck, Risikogesellschaft und die Transnationalisierung sozialer Ungleichheiten, in: ders./Angelika Pofert (Hrsg.), Große Armut, großer Reichtum. Zur Transnationalisierung sozialer Ungleichheit, Berlin 2010, S. 25–52; dort auch seine Kritik am »methodologischen Nationalismus« der deutschen Soziologie (S. 30).

91 Vgl. dazu den Beitrag von Dietmar Süß in diesem Band.